



Herrn
Oberbürgermeister
Reinhard Buchhorn
Friedrich-Ebert-Platz 1

51373 Leverkusen

21. Juli 2011

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Buchhorn,

bitte setzen Sie folgenden **Antrag** auf die **Tagesordnung des Rates**:

Die Stadt Leverkusen stellt im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes insgesamt 13 zusätzliche Schulsozialarbeiter/innen ein.

Die Stellen sind zunächst auf zwei Jahre befristet.

Begründung:

Vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels mit ständig wachsenden Aufgaben und Herausforderungen in Schule und Schulumfeld wird an den Schnittstellen zwischen Schule, Familie und den Institutionen des Berufslebens eine systematische sozialpädagogische Begleitung von Schülerinnen und Schülern immer wichtiger.

Die Schulsozialarbeit ist Teil einer präventiven Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Sozialpolitik mit dem Ziel der arbeitsmarktlichen und gesellschaftlichen Integration durch Bildung.

Die Aufgaben der zusätzlich einzustellenden Schulsozialarbeiter/innen beziehen sich auf die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes und umfassen u.a. Einzelfallhilfe, soziale Gruppen- und Projektarbeit, Eltern- und Familienarbeit, Krisenintervention, Förderung sozialer Kompetenz, präventive Angebote, pädagogische Gremienarbeit und Beratung, Kooperation mit außerschulischen Partnern, Mitwirkung bei der Gestaltung der Übergänge (Tageseinrichtung für Kinder - Grundschule, Grundschule - weiterführende Schule, Schule - Arbeitswelt)

Die Arbeit erfolgt in enger Kooperation mit der Schulleitung, dem Lehrerkollegium und dem vorhandenen Beratungsnetzwerk der jeweiligen Schule. Die Umsetzung soll dazu in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen kommunalen Behörden und den freien Trägern der Jugendhilfe erfolgen.

Der Stellenzuteilung auf die Schulstandorte soll ein Kriterienkatalog zugrunde gelegt werden, der z.B. folgende Punkte umfasst: Anteil der bezugsberechtigten SGB II/SGB XII-Kinder und -Jugendlichen, Sozialindex inklusive Migrationsanteil, Aktionsraum, Anzahl der Auffangklassen, Anzahl integrativer Lerngruppen.

Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln des Bundes.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Mittel für Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes werden durch den Bund zunächst nur bis zum 31.12.2013 finanziert.

Um möglichst bald entsprechende Stellenausschreibungen durch die Fachverwaltung vornehmen zu können sowie die Stellen an den jeweiligen Schulen möglichst früh im kommenden Schuljahr 2011/12 zu besetzen und damit auch die zunächst gegebene 2-Jahresfrist voll auszuschöpfen, ist ein Beschluss noch vor den Sommerferien zu fassen.

Mit freundlichen Grüßen



Bernhard Marewski
(Ratsherr)



Klaus Hupperth
(Fraktionsvorsitzender)

CDU

gez.
Bündnis 90/Die Grünen

gez.
FDP

gez.
Freie Wähler